

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498
BESCHLUSS-NR. 2021-96
IDG-STATUS öffentlich

SIGNATUR **10 FINANZEN**
10.06 Jahresrechnungen, Inventare (Archiv Abt. III A. + B.)

BETRIFFT **Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Jahresrechnung 2020 / Substantielles Protokoll**

3. Geschäft-Nr. 2021/120 Antrag des Stadtrates betreffend Genehmigung der Jahresrechnung 2020

ANTRAG DES STADTRATES

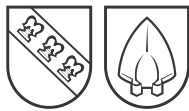
Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat mit Beschluss (SRB-Nr. 2021-44) 11. März 2021 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND GESTÜTZT AUF § 26 ZIFFER 2 DER GEMEINDEORDNUNG

BESCHLIESST:

1. Die Jahresrechnung 2020 der Stadt Illnau-Effretikon wird genehmigt.
Die Erfolgsrechnung schliesst bei Fr. 114'467'866.95 Aufwand und Fr. 125'697'264.69 Ertrag mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 11'229'397.74 ab. Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens zeigt bei Ausgaben von Fr. 17'106'206.55 und Einnahmen von Fr. 1'851'477.50 einen Ausgabenüberschuss von Fr. 15'254'729.05. Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens weist Zugänge von Fr. 10'034'585.10 und Abgänge von Fr. 7'002'877.25 aus, was einer Nettozunahme von Fr. 3'031'707.85 entspricht.
2. Von der Bilanz wird Kenntnis genommen.
Sie schliesst mit Aktiven und Passiven von je Fr. 180'514'264.15 ab. Durch den Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 11'299'397.74 erhöht sich das Eigenkapital (ohne Bestände der Eigenwirtschaftsbetriebe, Vorfinanzierungen und Finanzpolitische Reserve) von Fr. 71'091'798.75 auf Fr. 82'321'196.49.
3. Gemäss § 8 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- Abteilung Finanzen (dreifach)
 - Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

ABSCHIED DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION (RPK)

Wie für den Ablauf zur Behandlung der städtischen Jahresrechnungen üblich, fand die Vorbereitung dieses Geschäftes durch die Rechnungsprüfungskommission RPK statt. Mit Schreiben vom 25. Mai 2021 unterbreitet die Rechnungsprüfungskommission dem Gesamtrat die Empfehlung, wonach der stadträtliche Antrag zu genehmigen sei.

ZUR PLENARDEBATTE

Ratspräsident Daniel Huber, SVP, gewährt einen kurzen Überblick über den nachfolgenden Verlauf der Beratung des vorliegenden Geschäftes.

Laut Art. 32 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung ist bei Vorlagen, welche mehrere Anträge in sich schliessen, zuerst Eintreten zu beschliessen. Gestützt auf Art. 33 Abs. 1 Ziff. 4 GeschO GGR eröffnet das zuständige Mitglied des Stadtrates die nun folgende Eintretensdebatte mit dessen Vortrag.

Ratspräsident Daniel Huber, SVP, gewährt einen kurzen Überblick über den nachfolgenden Verlauf der Beratung des vorliegenden Geschäftes.

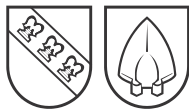
EINTRETENSDEBATTE

REFERAT DES FINANZVORSTANDES

STADTRAT PHILIPP WESPI, FDP

Stadtrat Philipp Wespi, FDP, Ressort Finanzen, präsentiert die bereits in der Antragsschrift des Stadtrates detailliert dargelegte Ausgangslage anhand einer zusammenfassenden visuellen Projektion. Diese Projektionsunterlage findet sich im Anhang zu diesem Protokoll (vgl. Beilage Nr. 2).

Die Jahresrechnung 2020 präsentiere sich im Lichte des vergangenen «Corona-Jahres» ohnehin aussergewöhnlich; im Speziellen stünde aber die bereits im Vorfeld dieser Debatte viel diskutierte Frage im Raum, welche Faktoren dazu geführt haben, dass zwischen der Budgetprognose von einem Überschuss von Fr. 100'000.- und dem tatsächlichen Rechnungsabschluss von plus Fr. 11 Mio. eine solch beträchtliche Differenz klappte. Es sei aber nicht so, wie nun vielfach in den Raum gestellt, wonach der Stadtrat sein Handwerk nicht verstünde und nicht korrekt rechnen könne.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

In Bezugnahme auf die visuelle Projektionsunterlage erklärt Stadtrat Philipp Wespi die einzelnen Punkte entlang der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und der Bilanz. Einen besonderen Schwerpunkt legt Stadtrat Ressort Finanzen, Philipp Wespi, auf die schwer prognostizierbare Entwicklung der Grundstückgewinnsteuer, die mitunter einer der Gründe des unerwartet positiven Rechnungsabschlusses bildet.

Zur Jahresrechnung 2019 resümiert Stadtrat Wespi im Weiteren Folgendes:

- Ursache zum ausserordentlich guten Resultat finde sich erneut auf der Ertragsseite.
- Hohe Budgetabweichung hauptsächlich aufgrund Sondereffekte (Buchgewinne Verkäufe FV von total Fr. 5.9 Mio.).
- Erneut hohe Einnahmen aus Grundstückgewinnsteuern und anderen Steuerposten.
- COVID-19: führte auch zu geringeren Kosten (z.B. Bildung). Noch kein Wachstum bei den Sozialausgaben feststellbar (werden durch andere Instrumente abgedeckt).
- Selbstfinanzierung mit Fr. 20.0 Mio. (Selbstfinanzierungsgrad SFG 210 % ohne Eigenwirtschaftsbetriebe EWB) auf Rekordhöhe. Liquidität deckt sämtliche Investitionen.
- Keine Aufnahme von Fremdmitteln nötig. Tiefer Bestand langfristige Schulden von Fr. 35.6 Mio.
- Tiefes Zinsniveau:
Geringe Zinsbelastung auf langfristigen Schulden, Negativzinsen (Zinseinnahmen) auf kurzfristigen Schulden.
- Hoher Eigenkapitalbestand; Nettovermögen/Kopf CHF 388.00.

Stadtrat Philipp Wespi konkludiert, wonach die Stadt für die (finanziellen) Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet sei.

REFERAT DES KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN

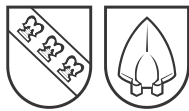
GEMEINDERAT THOMAS HILDEBRAND, FDP

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, dankt für die einleitenden Worte des Finanzvorstehers. Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission setzt zur besseren Illustration seines Votums eine visuelle Projektion ein, sie findet sich im Anhang zu diesem Protokoll (vgl. Beilage Nr. 4). Im Übrigen verweist der Präsident auf den separat vorliegenden Abschied, worin die Kommission ihre Erhebungen eingehend und detailliert zusammengefasst hat.

Da bei der doch ernsten Sachlage doch auch der Humor nicht ganz bei Seite gelegt werden dürfe, vergleicht Gemeinderat Hildebrand die Ausgangslage zum Vergleich zwischen Budget und Rechnung mit der traditionsreichen Sendung des Schweizer Fernsehens «Donnschtig-Jass» - das sei mitunter deshalb passend, da das Parlament ja seine Geschäfte jeweils auch donnerstags verhandle.

In den vergangenen fünf Jahren summierten sich die Abweichungen zwischen Budget und Abschlusszahlen auf stolze Fr. 37.6 Mio. Einige dieser Differenzen seien erklärbar, andere seien beeinflussbar wiederum andere Faktoren seien bekannt und ein gewisser Anteil dazu nicht.

In Erklärung des Budgetprozesses und dem zu Grunde liegenden verhältnismässig langem Zeitraum, in welchem das Budget durch die Verwaltung erarbeitet, durch den Stadtrat beraten und verabschiedet, durch die Rechnungsprüfungskommission vorberaten und durch das Gesamtparlament beraten wird, adressiert Kommissionspräsident Hildebrand erneut den bereits vielfach geäusserten Wunsch des sogenannten «November-Briefs».



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Ein solcher durch den Stadtrat zu Handen der Rechnungsprüfungskommission und dem Gesamtparlament ausgearbeiteter Bericht soll im November aufzeigen, inwiefern sich seit Erstellung des Budgets bereits abweichende Entwicklungen ergeben haben.

Der Stadtrat hat die Erstellung eines solchen Berichtes bislang notorisch abgelehnt, würde ein solcher dem Parlament doch helfen, gewisse Vorgänge nachzuvollziehen, mitunter könnte damit das Budget bereits korrigiert und so ein Beitrag dazu geleistet werden, dass sich der Genauigkeitsgrad des Rechnungsabschlusses steigere. Im Weiteren könnte so auch die auf übergeordneter Stufe (kantonale Abstimmungen zu Beiträgen aus dem Strassenfonds in Sachen Strassenbau-/sanierungen und Finanzierung der Zusatzleistungen AHV) zwischenzeitlich erfolgten Volksentscheide und deren Auswirkungen bereits im Budget gebildet werden.

Ferner seien künftig im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP die Auswirkungen der laufenden Stadtentwicklungsprozesse und deren Einfluss auf die Steuerkraft zu materialisieren und auszuweisen. Im Weiteren wünscht die Rechnungsprüfungskommission, dass der Stadtrat bei den Entwicklungen der Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer eine systematische Modellierung nach Stadtquartieren und Lageklassen vornimmt, um dazu die Erträge besser zu budgetieren.

Ein weiterer Schwerpunkt des Hildebrand'schen Votums bilden Fragen zu den Abschlüssen der gebührenfinanzierten Betriebe. Bei Eigenwirtschaftsbetrieben frage sich, ob angesichts der hohen Saldi die Gebührenbemessung noch angemessen und adäquat sei und ob der Stadtrat dazu nicht Massnahmen zur Reduktion einleiten sollte.

Die Rechnungsprüfungskommission dankt allen Beteiligten, die tagtäglich Dienste für die Bevölkerung, insbesondere während der Corona-Pandemie erbringen und insbesondere jenen, die zum guten Resultat dieser Jahresrechnung beigetragen haben. Dennoch erwarte die Kommission eine deutliche Verbesserung der Budgetierungsprozesse bzw. der Budgetgenauigkeit zum Stadthaushalt und der Finanz- und Aufgabenplanung, mit dem Ziel, erkenn- und planbare Differenzen frühzeitig einzubeziehen und zu verringern.

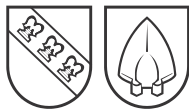
ALLGEMEINE DEBATTE

WEITERE VOTEN RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ratspräsident Daniel Huber, SVP, erteilt weiteren Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission das Wort.

Gemeinderat Thomas Schumacher, SVP, wiederholt bzw. sekundiert in weiten Teilen, was Vorredner Kommissionspräsident Thomas Hildebrand bereits zuvor ausgeführt hatte, ferner bedankt er sich bei den Verwaltungsangestellten und «angestellten» für deren Arbeit.

Die Rechnungsprüfungskommission sei etwas im Vorfeld über den Abschluss und den hohen daraus resultierenden Ertragsüberschuss unterrichtet worden. Der hohe Überschuss überrasche. Es sei auch Gemeinderat Schumacher bewusst, dass es nicht einfach sei, Kosten und Ausgaben stets im Griff zu haben. So stünde nun auch nicht die Frage im Fokus, einen Schuldigen zu finden. Stadtrat Philipp Wespi komme die undankbare Aufgabe zu, die Hiobsbotschaft zu verkünden. Aus seiner eigenen politischen Erfahrung und beruflichen Tätigkeit sei es Gemeinderat Schumacher bewusst, dass die Arbeit und die Leistung des Chefs nur immer so gut sei, wie jene des Gremiums und des Teams, welches im Hintergrund mitarbeite. So könne es denn auch passieren, dass aus kleinem plötzlich grosser Mist werde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Stadtrat Wespi war bemüht, stets Begründungen für die Abweichungen zu liefern, dafür danke Gemeinderat Schumacher.

Die Rechnungsprüfungskommission habe insbesondere auf Seite 10 und 11 ihres Abschiedes versucht, Empfehlungen zu Händen des Stadtrates zu formulieren, insbesondere auch zur Thematik der Grundstückgewinnsteuern. Seiten 11 und 12 würden sich den Wünschen der Rechnungsprüfungskommission zur Steigerung der Genauigkeit der Hochrechnungen und Umsetzung der Volksentscheide widmen. Seite 13 und 14 umschliessen Empfehlungen zur besseren Prognose der Steuerkraft.

Gemeinderat Schumacher bemängelt die Lesbar- und Verständlichkeit des Instrumentes zum Integrierten Aufgaben- und Finanzplan. Da es sich allerdings um ein Werkzeug des Stadtrates handelt, entziehen sich etwelche Änderungsanträge dem Wirkungskreis des Parlamentes. Gemeinderat Schumacher hinterfragt allerdings die Priorisierung und Klassifizierung der Dringlichkeitsstufen in diesem Planwerk.

Es gelte das alte Credo, nur so viel an finanziellen Mitteln auszugeben, wie man es sich eben auch leisten kann. Die bereitstehenden Mittel würden wenig nützen, wenn dazu nicht die Ressourcen bestünden, alles das, was mitunter aus den im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan unter Priorität 1 vorgesehenen Massnahmen umgesetzt werden könne. Das führe zu nachgelagerten und schwer nachvollziehbaren Änderungen bzw. Umpriorisierungen in den nachfolgenden Jahren.

Die SVP-Fraktion erwarte von den Mitgliedern des Stadtrates, die Ausgaben in deren jeweiligen Ressort genauer und besser zu überwachen. Nur so könne das Ziel, einen genaueren und mit dem Budget übereinstimmenden Rechnungsabschluss zu erzielen, auch erreicht werden.

Gemeinderat Schumacher sieht sich gezwungen, am heutigen Abend ein Zeichen zu setzen. Er werde sich am heutigen Abend der Stimme enthalten; die Ablehnung der Jahresrechnung habe für die Rechnungsprüfungskommission keine Option dargestellt. Da in den Kommissionen Stimmengewalt gelte, sieht sich Gemeinderat Schumacher veranlasst, sich in Enthaltung zu üben, so dass die Bevölkerung dies durch die entsprechende Medienberichterstattung dann auch als wahrnehmbares Zeichen vernehmen kann.

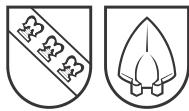
Gemeinderat Schumacher zeigt dem Stadtrat symbolisch die gelbe Karte.

GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, möchte seinem Votum vorausschicken, dass die einleitenden Ausführungen von Kommissionspräsident Hildebrand zu den Eigenwirtschaftsbetrieben mit den übrigen Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission nicht abgestimmt bzw. abgesprochen waren und somit nicht als Kommissionshaltung hätten taxiert werden dürfen.

Die SP-Fraktion nimmt mit Entzücken vom erfreulichen Resultat des Rechnungsabschlusses Kenntnis. Das unter den gegebenen Umständen erzielte Ergebnis verschaffe dem städtischen Finanzhaushalt etwas Luft.

Die Diskussion der Kritik bewege sich auf hohem Niveau, dem Stadtrat könne sicherlich nicht vorgeworfen werden, wonach er von seinem Handwerk nichts verstehe. Es gäbe wie immer zwei Seiten der Medaille. Für die einen sei zu wenig, und für die anderen zu viel investiert worden. Interessant wäre es nun, der Diskussion zu lauschen, hätte die Stadt ein Minus in selber Höhe geschrieben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Einen öffentlichen Haushalt bzw. eine Stadt zu führen und zu lenken, sei keine leichte Aufgabe. Dem Stadtrat sei es daher gut gelungen, den vielseitigen Ansprüchen, die an die Stadt gestellt würden, Rechnung zu tragen, schliesslich sei sie ein riesiger Gemischtwarenladen.

Die SP-Fraktion votiere für Eintreten und Genehmigung der Jahresrechnung.

VOTEN WEITERER RPK-MITGLIEDER BZW. WEITERER MITGLIEDER DES PLENUMS

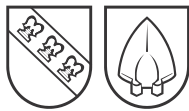
GEMEINDERAT HANSJÖRG GERMANN, FDP

Gemeinderat Hansjörg Germann, FDP, ärgert sich streckenweise über den Rechnungsabschluss und kann sich nicht am Überschuss erfreuen, er ärgert sich stellenweise sogar. Die «Governance» sei ausser Balance. Es könne nicht angehen, dass das Parlament anlässlich der dezemberlichen Budgetdebatte über ein «Überschüssli» von Fr. 100'000.- und an der «Fein-Justierung» an den «Steuerfüsschen» herumwerkle, wenn man zu jenem Zeitpunkt bereits Kenntnis habe von umfangreichen Abweichungen der im Budget abgebildeten Prognosen. Das sei keine gute «Governance». Gute «Governance» würde bedeuten, aktuelle Entwicklungen zeitnah zu publizieren und in die Diskussionen und Beschlüsse einfließen zu lassen.

Nach Auffassung von Gemeinderat Germann stellt das übergeordnete Ziel des Gemeinwesens einer Stadt die sehr gute Dienstleistungserbringung zu Gunsten ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu absolut minimal möglichen Kosten dar. Dadurch habe der Stadt auch nur geringe Steuern bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erheben.

Bei allem Verständnis, wonach sich der Stadtrat für die Zukunft finanzielle Spielräume ausbedingen und schaffen wolle, so sei man im aktuellen Fall über das Ziel hinausgeschossen. Das Ziel bilde nämlich, ausgeglichene Verhältnisse zu schaffen. Man möge den Einwohnerinnen und Einwohnern nicht mehr nehmen als man benötige, um die öffentlichen Dienstleistungen für sie zu erbringen. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wurden über all die Jahre deutlich zu sehr belastet. Unter Berücksichtigung der gebildeten finanzpolitischen Reserve stünde man für das Jahr 2020 bei einem Überschuss von Fr. 15 Mio. Im gleichen Jahr habe man Fr. 49 Mio. aus ordentlichen Steuererträgen eingenommen. Gemessen am Überschuss wurden somit 30.6 % zu viel an Steuern eingenommen. Es sei schier unglaublich, dass Private und Unternehmen ein Drittel weniger hätten zahlen können und die Stadt hätte noch immer eine «Schwarze Null» geschrieben. Das dürfte die Wählerinnen und Wähler von links bis rechts durchaus interessieren. Vor diesem Hintergrund erscheine die Debatte des Steuerfusses um «ein paar Prozentli» nahezu als lächerlich. Nach Berechnung von Gemeinderat Germann hätte man den kommunalen Steuerfuss auf 78 % senken können, um damit immer noch einen ausgeglichenen Finanzhaushalt zu präsentieren. Selbstverständlich seien die hohen Überschüsse nicht aus Absicht entstanden; sie seien vielmehr dem Prinzip der Vorsicht geschuldet. Ethisch sei das durchaus vertretbar, die Wirkung sei aber ungerecht, wenn man bedenke, dass die heutige Generation bereits zum jetzigen Zeitpunkt Investitionen finanziere, die erst der übernächsten Generation zu Gute kommen. Die Verteilung von Investitionen über die verschiedenen Generationen erachtet Gemeinderat Germann als nicht gerecht – er erwähnt dabei einen Investitionszeitraum von 50 Jahren, der bereits von den aktuellen Steuerzahlerinnen und –zahler abgedeckt würde.

Der Stadtrat möge nicht stets ein «Risiko-Budget», welches Verluste möglichst ausschliesse, zu erstellen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Gemeinderat Germann ist gerade im Begriff, seinen Lösungsansatz zu skizzieren, als ihn *der Ratspräsident* zur Einhaltung der Redezeit gemäss Art. 36 GeschO GGR ermahnt. Die dem Redner zustehende Sprechzeit von fünf Minuten ist bereits zur Neige gegangen.

Gemeinderat Germann sein Votum schliessend, wünscht sich mehr Transparenz in der Bilanz. Sie möge detaillierter Auskunft über die tatsächliche ökonomische Situation des städtischen Finanzhaushaltes geben. Die Stadt verfüge über Sachanlagen im Verwaltungsvermögen im Umfang von Fr. 276 Mio. (Anschaffungswert). Ende 2020 weise die Stadt in der Bilanz einen Wert von Fr. 83 Mio. aus. Das seien 30 % des Anschaffungswertes. Es sei gemeinhin bekannt, dass Immobilienlandpreise in den vergangenen zehn bis zwanzig Jahren gestiegen seien, die Stadt hingegen habe die Werte abgeschrieben, was bei Korrekturen wiederum das Eigenkapital um ca. Fr. 300 Mio. erhöhe. Natürlich seien solche Vorgänge in der öffentlichen Rechnungslegung nicht vorgesehen, nach modernen Aspekten betrachtet täte der öffentliche Finanzhaushalt aber gut daran, solche Bewertungsvorgänge ebenso entsprechend abzubilden. *Gemeinderat Germann* formuliert daher den Wunsch, solches der Jahresrechnung künftig im Anhang hintanzustellen. Eine «Fair-value»-Bilanz würde so den tatsächlichen Zustand des kommunalen Finanzhaushaltes besser abbilden.

Gemeinderat Germann hofft konkludierend inständig, dass der Stadtrat nach den gemachten Erfahrungen bei seiner Vorlage des Budgets für das nächste Jahr mit einem starken Zeichen reagieren werde.

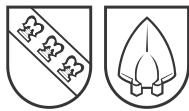
Da *Gemeinderat Germann* offensichtlich sein Votum noch immer nicht abzuschliessen gedenkt, sieht sich *der Ratspräsident* veranlasst, die zweite Ermahnung zur Einhaltung der Redezeit auszusprechen.

Gemeinderat Germann hofft, dass «das Schiff seinen Kurs ändere» und als Zeichen dafür, den aktuellen Kurs nicht zu unterstützen, gibt *Gemeinderat Germann* bekannt, wonach auch er sich am heutigen Abend bei der Genehmigung der Jahresrechnung 2020 der Stimme enthalten wird.

GEMEINDERAT RALF ANTWEILER, GLP

Gemeinderat Ralf Antweiler, GLP, möchte Bezug auf seine Vorredner nehmen und meint, dass sich die Kritik bezüglich Budgetgenauigkeit unter «Jammern auf hohem Niveau» subsumieren liesse. Gegenstand der Diskussion sei ein Überschuss und nicht etwa ein Defizit von besagter Höhe. Zudem sei dieser luxuriöse Zustand nicht durch mutwillig gefasste Entscheide zu Stande gekommen.

Dass in den zu Grunde liegenden Prozessen bei Erstellung von Budget und Jahresrechnung Ungenauigkeiten in Kauf zu nehmen seien, wäre gemeinhin bekannt. Dass der Überschuss in diesem Jahr derart frappant ausfalle, dass sich dazu Fragen erschliessen, sei verständlich. Man dürfe sich aber auch die Frage erlauben, wie relevant solche Abrückungen tatsächlich sind. Die Finanzlage der Stadt sei anhand der Kennzahlen ja hinlänglich bekannt. Ferner sei die Betrachtung zur Ansetzung des Steuerfusses nicht nur auf Basis der Budgetzahlen, sondern auch auf Grundlage der Rechnungsabschlüsse und mit Blick auf die anstehenden Investitionen zu führen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Forderungen nach noch detaillierteren Grundlagen, Erhebungen und Zusammenstellungen sei nicht nachzukommen, da damit bloss die Verwaltung aufgeblasen und mit Mehraufwand belastet würde.

GEMEINDERAT MATTHIAS MÜLLER, MITTE

Für *Gemeinderat Matthias Müller, Mitte*, sprechen die Zahlen an und für sich eine klare und eindeutige Sprache. So liesse sich auch zu den Zahlen in der Rechnung 2020 so manche sachliche Feststellung machen. Diese fänden sich im Abschied der Rechnungsprüfungskommission wieder und seien im Wesentlichen auch durch die bisherigen Voten aufgegriffen worden. Zunächst möchte sich Gemeinderat Müller namens der Mitte-Fraktion bei den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen für die gewissenhafte und kompetente Verarbeitung der Ein- und Ausgänge und Stadtrat Philipp Wespi für seine strategische Führung bedanken.

Eine Rechnung sei durch die Rechnungsprüfungskommission und das Parlament in erster Linie zur Kenntnis genommen und gewürdigt werden. Dabei erwarte Gemeinderat Müller von der vorberatenden Kommission, dass sie in ihrem Abschied die Fakten würdige und dabei Zusammenhänge finanzpolitisch einordne und Gedankengänge argumentativ auf den Punkt bringe.

Bei allem Respekt für die anspruchsvolle Kommissionsarbeit: Der diesjährige Abschied der Rechnungsprüfungskommission habe Befremden ausgelöst. Befremden deshalb, da der Bericht beinahe ultimativ eine grössere Budget-Genauigkeit fordere – und sogar mit einem eigenen Modell vorgäbe, eine Lösung dafür bereit zu halten.

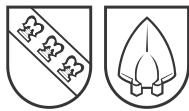
Gemeinderat Müller zweifelt daran, dass das für einen Abschied zu einer Jahresrechnung hilfreich und für die nächste Budgetdiskussion zielführend sei. Denn würden sich die Grundstückgewinnsteuern tatsächlich gestützt auf Daten des statistischen Amtes voraussagen lassen, wäre dies schon seit geraumer Zeit in die Rechnungsmodelle eingeflossen. Und zwar nicht nur in unserer Stadt.

In ihrer Kritik zur fehlenden Budgetgenauigkeit verharret die Rechnungsprüfungskommission im Wesentlichen auf der Einnahmenseite. Dass aber auf der Ausgabenseite unter anspruchsvollen Voraussetzungen im vergangenen Jahr sehr gut gearbeitet worden sei, fände im Kommissionsabschied wenig Widerhall.

Ebenso würdige die vorberatende Kommission nach Empfinden der Mitte-Fraktion den Umstand viel zu wenig, wonach die Folgen der Corona-Pandemie in der Rechnung 2020 noch gar nicht voll durchschlagen konnten – und möglicherweise auch 2021 erst ein Anfang sichtbar sein werden. Es sei interessant, dass sich kaum ein Finanzprognostiker zu dieser Frage vernehmen liesse, wie stark die Turbulenzen und Verwerfungen in den kommenden Jahren sein werden. Gemeinderat Müller habe bisher nur diesen einen Artikel Anfang Juni in der «NZZ am Sonntag» gelesen, der gemäss ersten Ergebnissen einer Studie des Beratungsunternehmens PwC eine grössere Schuldenwelle für die Städte und Gemeinden voraussagen als für die Kantone.

Die Rechnungsprüfungskommission wisse wohl genauso wenig wie der Stadtrat und wie alle im Parlament vertretenden Mitglieder, was die kommenden Jahre finanziell noch alles bereithalten werden, das man nicht selber steuern könne.

Mit dieser Ungewissheit müsse die Politik seit 2020 definitiv leben, von rechts bis links. Ebenso gelte es zu anerkennen, dass ein Gemeindehaushalt schwierig zu erklären sei, insbesondere dann, wenn der Abschluss



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

positiv ausfalle - und wenn man den eigenen Wählerinnen und Wählern gerne möglichst tiefe Steuern versprechen möchte.

Der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vereine das Befremden der Mitte-Fraktion auf sich, da er auf den Vorwurf abziele, die Stadt erhebe ungerechtfertigt zu hohe Steuern oder sei intransparent beim Budgetieren. Und obschon auch die Rechnungsprüfungskommission bei ihrem Fazit feststellen müsse, dass die Bestimmungen zum Haushaltgleichgewicht eingehalten seien, liesse sie Begriffe wie «Gesetzes- oder Regelverstoss» im 15-seitigen Abschied 1:1 stehen.

Gemeinderat Müller schliesst sein Votum ab: In den städtischen Zentren habe ein grösserer Entwicklungsprozess begonnen. Neben Privaten müsse und solle auch die öffentliche Hand investieren. Dafür benötige sie finanzielle Mittel. Und dank der ausgezeichneten Rechnung 2020 – sie sei nicht gut bis sehr gut, wie eingangs im Abschied suggeriert – dank dem ausgezeichneten Abschluss 2020 könne die Stadt Illnau-Effretikon diese Fahrt mit genügend Wasser unter dem Kiel fortsetzen.

Die Mitte-Fraktion werde die Rechnung genehmigen. Auch wenn die anspruchsvolle Arbeit der Rechnungsprüfungskommission zu schätzen und zu verdanken sei – im diesjährigen Abschied erachte die Fraktion mehrere Passagen als wenig zielführend.

GEMEINDERAT SIMON BINDER, SVP

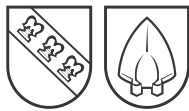
Gemeinderat Simon Binder, SVP, komme nicht umhin, die Budgetabweichungen als Ärgernis für die Steuerzahlenden zu bezeichnen. Ungleich einer privatwirtschaftlichen Organisation, könne die Stadt diesen unerwartet hohen Gewinn nicht mit ihren Einwohnerinnen und Einwohnern in Form einer Gewinnausschüttung teilen. Dass man den Steuerzahlerinnen und -zahlern schon seit fünf Jahren in Folge zu tief in die Tasche gefasst habe, gehe nicht an und könne man nicht gutheissen.

Auch für die Rechnungsprüfungskommission und das Parlament verkomme das Budget zu einer «Milchbüechli-Rechnung», wenn der in die Kompetenz des Stadtrates fallende Integrierte- und Aufgabenplan die grossen Leitlinien vorgebe und das Budget dazu hinterherhinke.

Gemeinderat Binder ist bewusst, dass Teile der nun laufenden Diskussion nicht bei Behandlung der Jahresrechnung, sondern bei der Budgetdebatte vorzubringen wären. Wenn er nun aber der nächsten Budgetdebatte entgegenblicke, so könne er bereits heute absehen, wonach der Stadtrat wiederum den Mahnfinger erhebe, um auf Gefahren und Unsicherheiten aufmerksam zu machen nur um dann beim überhöhten Rechnungsabschluss abermals auf die nächste Budgetberatung hinzuweisen. Das sich immer und immer wieder abzeichnende Muster sei hinlänglich bekannt. Das Parlament spule schon seit geraumer Zeit und seit Anbeginn der laufenden Legislatur im viel besagten Hamsterrad.

Leider fehle es auch beim politischen Gegner am Willen, einstweilen mit etwas «weniger Speck» zu budgetieren, denn davon habe sich über die Jahre hinweg schon zu viel angesetzt. Gemeint seien jene Steuergelder, die den Einwohnerinnen und Einwohnern unnötigerweise zu viel abgenommen worden seien wie in der Debatte bereits vorgebracht wurde, handle es sich mithin um einen Drittel an zu viel erhobenen Steuerbezügen.

Theoretisch wäre mit Blick auf die kommende Budgetdebatte eine Reduktion des Steuerfusses auf eine zweistellige Zahl möglich, ohne dabei den Finanzhaushalt ins Ungleichgewicht zu bringen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Sollte der Stadtrat nun keine Anstalten unternehmen, dem vorherrschenden Sachverhalt adäquat zu begegnen und sollte er keine Einsicht zeigen, das Manko zu beheben, so könne denn auch Gemeinderat Binder dieses Gebaren nicht gutheissen und schliesse sich der stimmenthaltenden Parole seiner Fraktionskollegen an.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Rööslī, SP, wollte sich bei dieser Debatte erst nicht äussern, nun sehe sie sich aber gezwungen, es dennoch zu tun.

Gemeinderätin Rööslī dankt Vorredner Gemeinderat Matthias Müller von Herzen für sein Votum; er habe das auf den Punkt gebracht, was Brigitte Rööslī ebenfalls dachte, als sie sich den Kommissionsabschied zu Gemüte führte.

Die ins Feld geführte Reduktion des Steuerfusses um einen Drittel taxiert Gemeinderätin Rööslī als populistisch und als verantwortungslos. Die Stadt Illnau-Effretikon befinde sich am Startpunkt einer Transformation. Viele neue Aufgaben würden auf die Stadt und die politischen Institutionen zukommen, wozu es auch die finanziellen Grundlagen bereitzustellen gelte. Von einer Steuersenkung würden nur gut betuchte Personen profitieren und nicht jene, die es am meisten nötig hätten.

Die Forderungen nach einer Steuersenkung seien zu kurzfristig betrachtet.

Zudem sei daran erinnert, dass die Stadt Illnau-Effretikon von hohen Beiträgen aus dem Ressourcenausgleich profitiere; bei einer Senkung des Steuerfusses würden solche dahinschwinden.

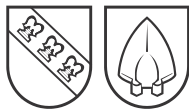
GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Auch *Gemeinderat Michael Käppeli, FDP*, bemüht das Bild bzw. die Metapher des Volkssportes des «Jassens», wie auch die zur Illustration und Untermalung des Votums benutzte Projektion (vgl. dazu die Unterlage bzw. Beilage Nr. 3 im Anhang zu diesem Protokoll). Er berichtet von den Parallelen und Besonderheiten des offenbar bestehenden «Ägeri Differenzlers» zum städtischen Finanzhaushalt, wozu die Diskussionen nicht minderwenig Herzblut geführt werden.

Es empfehle sich bei jeglichen Debatten, gut hinzuhören und hinzuschauen. Betrachte Gemeinderat Käppeli die Situation, so stelle mit Blick auf den Zeitstrahl und die Jahresabschlüsse fest, wonach der städtische Finanzhaushalt sich zwar positiv entwickelt habe, der Überschuss pro Legislatur sich aber jeweils verdoppelt habe. Konsequenterweise führe dies nun zu einer Debatte, wie sie sich nun am heutigen Abend präsentiere. Diese Debatte können aus verschiedenen Winkeln beurteilt werden. Die Kontroverse sei nicht unerwartet.

Gemeinderat Käppeli versucht, die Debatte etwas zu strukturieren bzw. in drei Ebenen ordnen, die da sind:

- Finanzen:
 - Top-Rechnungsergebnis versus «Totalversagen» bei Budgetierung
 - Vorhersehbarkeit versus nicht budgetier-/steuerbare Einmaleffekte
 - In Abweichungstoleranz versus unzuverlässige Budgetlotterie



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498
BESCHLUSS-NR. 2021-96

- Governance:
Zusammenspiel zwischen Stadtrat und Parlament
 - Finanzhoheit Parlament versus Umgehung durch Stadtrat
 - Transparente Finanzstrategie versus «Black Box»-Politik
- Politik:
Wie weiter?
 - Steuerfussssenkung versus Ausgabenerhöhungen
 - Zielwerte unserer Finanzkennzahlen («Cockpit»)

Diese drei Ebenen gelte es nun, in Einklang zu bringen und bei der Balancierung die notwendigen Massnahmen abzuleiten.

Gemeinderat Käppeli ist erfreut und dankbar, dass die Stadt Illnau-Effretikon seit Jahren «schwarze Zahlen» budgetiere und auch erreiche, dass der Stadt über die letzten Jahre eine Gesundung der Finanzsituation gelungen sei und sie wieder über Handlungsspielraum für Investitionen in die Zukunft verfüge und so die Standortattraktivität zurückgewonnen habe.

Kritisch würdigt Gemeinderat Käppeli allerdings im Rahmen der Governance die massiven Budgetabweichungen. Sie würden vielfältige Begehrlichkeiten von Links bis Rechts («nice-to-have») wecken; ferner könnten die Abweichungen beim Parlament das Gefühl auslösen, wonach es in seiner Finanzhoheit ausgehebelt würde; zudem würden Differenzen in erneut zweistelliger Millionenhöhe nicht dem Auftrag des Parlamentes an den Stadtrat entsprechen, eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen.

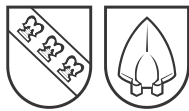
Konkludierend bedankt sich Gemeinderat Käppeli, dass dem langersehnten Postulat nach gesunden Finanzen Rechnung getragen wurde. Die wiederholten Budgetabweichungen in mittlerweile zweistelliger Millionenhöhe sehen als Einladung zum finanzpolitischen Dialog zu betrachten. Man möge sich nicht den Federhandschuh, sondern den Stab zuzuwerfen. Sowohl die Geschäftsprüfungskommission bei der Beratung des Geschäftsberichtes als auch die Rechnungsprüfungskommission bei ihren Erhebungen zur Jahresrechnung hätten beide wichtige Impulse in ihren Abschieden für die künftige Zusammenarbeit festgehalten.

Der Ratspräsident erinnert den Sprechenden an Einhaltung der Redezeit, die mithin bereits abgelaufen ist.

Der Stadtrat wird durch Gemeinderat Michael Käppeli eingeladen, dem Grossen Gemeinderat seine mittel- bis langfristige Finanzpolitik/-strategie ausführlich zu erläutern (z.B. mittels separatem Kapitel im IAFP).

Der Ratspräsident ermahnt, das Votum nun abzuschliessen.

Gemeinderat Käppeli lädt den Stadtrat mit Blick auf das Budget 2022 ein, den Budgetierungsprozess veränderungsoffen zu reflektieren, denn der Stadtrat sei auch künftig in Themen der Digitalisierung (Smart-City), den Gedanken zur Solidarität und Nachhaltigkeit und dem sorgsam Umgang mit Steuergeldern gefordert.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Ratspräsident Daniel Huber bittet das Plenum um konsequente Einhaltung der den Mitgliedern in der allgemeinen Debatte zustehenden Sprechzeit von fünf Minuten, Art. 36 GeschO GGR.

GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, kommentiert das vorangegangene Votum von Gemeinderat Michael Käppeli mit der Aussage: «So tönt's, wenn ein FDP-Fraktions-Mitglied dem eigenen Stadtrat etwas sagen will. Viel zu lieb!»

Gemeinderat Truninger sieht sich gezwungen, sich in seinen Aussagen prägnanter zu fassen.

Die schlechte Budgetierung des Stadtrates wiederhole sich Jahr um Jahr nach demselben Schema: Drohgebärden bei Vorlage des Budgets, unerklärlicher massiver Überschuss bei der Rechnung. Der resultierende Überschuss von Fr. 11 Mio. erweitere sich gar auf Fr. 15 Mio., wenn man die Einlage in die politische Reserve mitberücksichtige.

In der Summe über die letzten Jahre betrachtet, zeige sich, wonach sich der Stadtrat über die vergangenen fünf Jahre um Fr. 37.6 Mio. verrechnet habe. Das zeige auch, dass ein Exekutivgremium, ohne SVP-Vertretung nicht funktionieren könne – irgendjemand müsse im Stadtrat nach dem Rechten sehen.

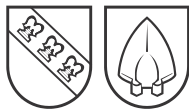
Gelächter und Erheiterung im Saal.

Das Gemeindegesetz sehe vor, dass sich der Gemeindehaushalt mittelfristig ausgeglichen zu präsentieren habe. Bei einem Überschuss von Fr. 37 Mio. sei diese Vorgabe offensichtlich nicht gegeben. Wenn auch die gegenwärtige Situation sich noch mit den gesetzlichen Bestimmungen vereinbaren liesse, so sei das Ganze moralisch grenzwärtig und verwerflich.

Gemeinderat Truninger stellt sich die Frage, ob der Stadtrat, das Einmaleins nicht beherrsche und offensichtlich nicht rechnen könne. Werde das Parlament für dumm verkauft oder benötige der Stadtrat etwa gar Nachhilfe?

Die Budgethoheit liege beim Grossen Gemeinderat. Bereits heute gelte es mit Blick auf die herbstliche Budgetdebatte zu überlegen, ob das Parlament nicht zusammenzustehen möge, um dem Treiben ein Ende zu setzen.

Zum Votum von Gemeinderätin Rösli, mit welcher Gemeinderat Truninger Einsitz im Zürcher Kantonsrat nimmt, sei zum Ressourcenausgleich bemerkt, dass jener Beitrag von Fr. 24.7 Mio. nicht Gott gegeben, sondern von anderen Zürcher Gemeinden bezahlt werde. Es sei nicht Sinn und Zweck des Finanzausgleiches, möglichst starke Unterstützungen daraus zu empfangen. Die Geber-Gemeinden seien ihrerseits gezwungen, Projekte zurückzustellen, weil sie derart hohe Zahlungen zu Gunsten des Ressourcenausgleichs zu leisten haben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

BESCHLUSS-NR. 2021-96

Die SVP-Fraktion verwarne den Stadtrat, seine Pflichten und Aufgaben besser zu erledigen und zeige ihm die gelbe Karte – sie wird die Jahresrechnung nicht genehmigen und sich diesmal noch bloss der Stimme enthalten.

Nach entsprechender Rückfrage in den Reihen des Gesamtplenums stellt *der Vorsitzende* im Rahmen der Eintretensdebatte die erschöpfte Diskussion fest, sowohl unter den Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission als auch seitens der Mitglieder des Ratskörpers. Es gilt zunächst zu eruieren, ob der Rat nach Abschluss der einführenden Diskussion auf das Geschäft einzutreten gedenkt. Die entsprechende Abstimmung fördert folgendes Resultat zu Tage:

ABSTIMMUNG ZUM EINTRETEN AUF DIE STADTRÄTLICHE VORLAGE

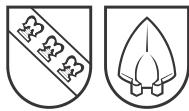
Der Grosse Gemeinderat beschliesst einstimmig, auf das Geschäft einzutreten und die Behandlung des Geschäftes mit der direkt folgenden Detailberatung fortzuführen.

DETAILBERATUNG

Nachdem in den Vorjahren seitens des Ratsplenums selten der Bedarf für Fragen oder Erläuterungen im Rahmen der Detailberatung angezeigt worden und die Detailberatung oft mittels Ordnungsanträgen ausgesetzt wurde, fragt *der Ratspräsident* die Mitglieder des Stadtparlamentes an, ob überhaupt etwelcher Diskussionsbedarf zu Einzelheiten der vorliegenden Rechnungslegung besteht. Aus dem Legislativorgan sind keinerlei Bestrebungen diesbezüglicher Art wahrzunehmen.

In der Folge schlägt *Ratspräsident Daniel Huber, SVP*, vor, die Rechnung in globo zu behandeln, ohne sie kapitel-, seiten-, und kontogruppenweise abzufragen. Aus den Reihen des Parlamentes ergeben sich keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende schreitet somit sogleich zu den Abstimmungen, die sich aufgrund der Dispositivziffern des stadträtlichen Antrages ergeben.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498
BESCHLUSS-NR. 2021-96

ABSTIMMUNG

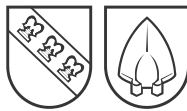
DER GROSSE GEMEINDERAT

AUF ANTRAG DES STADTRATES
UND NACH EINSICHTNAHME IN DEN ABSCHIED DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

BESCHLIESST

GESTÜTZT AUF § 26 ZIFFER 2 DER GEMEINDEORDNUNG:

1. Die Jahresrechnung 2020 der Stadt Illnau-Effretikon wird genehmigt.
Die Erfolgsrechnung schliesst bei Fr. 114'467'866.95 Aufwand und Fr. 125'697'264.69 Ertrag mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 11'229'397.74 ab. Die Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens zeigt bei Ausgaben von Fr. 17'106'206.55 und Einnahmen von Fr. 1'851'477.50 einen Ausgabenüberschuss von Fr. 15'254'729.05. Die Investitionsrechnung des Finanzvermögens weist Zugänge von Fr. 10'034'585.10 und Abgänge von Fr. 7'002'877.25 aus, was einer Nettozunahme von Fr. 3'031'707.85 entspricht.
2. Von der Bilanz wird Kenntnis genommen.
Sie schliesst mit Aktiven und Passiven von je Fr. 180'514'264.15 ab. Durch den Ertragsüberschuss der Erfolgsrechnung von Fr. 11'299'397.74 erhöht sich das Eigenkapital (ohne Bestände der Eigenwirtschaftsbetriebe, Vorfinanzierungen und Finanzpolitische Reserve) von Fr. 71'091'798.75 auf Fr. 82'321'196.49.
3. Gemäss § 8 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a f. des Verwaltungsverwaltungsgesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 17. JUNI 2021

GESCH.-NR. 2020-0498

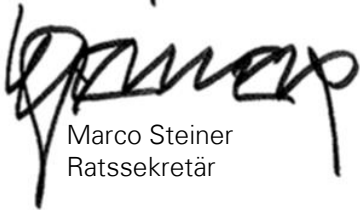
BESCHLUSS-NR. 2021-96

6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Abteilung Finanzen (dreifach)
 - b. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Obgenannter Beschluss kam in den einzelnen zu den Dispositivziffern 1 und 2 durchgeführten Abstimmungen mit 22:0 bei 12 Enthaltungen (1) und grossem Mehr (2) zu Stande. Anlässlich der Schlussabstimmung pflichtet der Rat mit grossem Mehr der Vorlage bei.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 18.06.2021